

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM FRÜHJAHR 1966

Europa-Politik

Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist gerettet. Frankreich hat den Weg an den Verhandlungstisch der Sechsergemeinschaft zurückgefunden, und es scheint, als habe Paris aus seiner Extratour eines gelernt: Europa, und zwar das Europa der Sechs, ist eine Tatsache und hat in Wirtschaftskreisen bereits eine so feste Verankerung erfahren, daß man ohne Gefahr nicht mehr daran rütteln kann, zumindest nicht so massiv, wie *de Gaulle* das im letzten Jahr tun zu können glaubte.

Die erste Zusammenkunft des vollzähligen EWG-Ministerrats in Luxemburg am 28./29.

Januar 1966 nach dem Ausbruch der Krise konnte die Fronten klären. Gewiß wurden Konzessionen gemacht, aber wir haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß Europa nur auf dem Wege über Konzessionen aller Beteiligten entstehen kann.

Die Konzessionen rührten nicht unbedingt an die Substanz der Verträge und lassen der Hoffnung Raum, daß man rascher dem Ideal näherkommen wird, wenn eines Tages Personen, die heute noch um ihr Prestige fürchten, die politische Bühne verlassen haben. Allein der Umstand, daß Frankreich an den Verhandlungstisch zurückkam und daß jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden, in Brüssel an wichtigen Beschlüssen wieder gemeinsam gearbeitet wird, setzte günstige Aspekte an den Jahresbeginn 1966.

Niemand wird allerdings glauben, daß damit künftige Krisen ausgeschlossen sind. Solange die französische Staatsführung sich darin gefällt, just die gegenteilige Politik zu betreiben von der, die der „Westen“ als richtig ansieht — was nicht heißen soll, daß diese immer richtig ist! —, werden wir uns noch lange auf lästige Querschüsse gefaßt machen

müssen. Aber je länger die EWG Zeit hat zusammenzuwachsen, um so mehr werden diese Querschüsse im luftleeren Raum verhallen. Gewiß — Frankreich hat es praktisch erreicht, daß Mehrheitsbeschlüsse vorab nicht zum Zuge kommen werden. Es wäre aber ohnehin kaum vorstellbar, wie man beispielsweise Frankreich einen Mehrheitsbeschluß gegen seinen Willen aufzwingen könnte. Andererseits konnte die Kommission im großen und ganzen mit samt ihrem Initiativrecht erhalten werden — und was wäre die EWG ohne ihre aktive und arbeitsame Kommission? Die Minister hätten nicht ein Zehntel dessen geschafft und es auch nicht schaffen können, was die Kommission aus dem Vertrag gemacht hat.

Nun stehen die Sechs aber endgültig vor der Aufgabe, die beschlossene Fusion der drei Exekutiven zur „Vereinigten Europäischen Kommission“ zu realisieren. Damit dürfte auch die Frage nach dem Schicksal des Präsidenten *Hallstein* nicht länger zu umgehen sein.

An praktischen Aufgaben stehen nun dringlich zur Beschlußfassung die Probleme an, die durch die siebenmonatige Krise auf Eis gelegt werden mußten: die *Agrarfinanzierung* und die *Kennedy-Runde*. Beide hängen eng miteinander zusammen.

Es mag gestattet sein, noch einmal daran zu erinnern, daß bei der Formulierung der Römischen Verträge Frankreich sich selbst als ein ausgesprochenes Agrarland sah und — neben anderen Vorstellungen — hoffte, durch die EWG seine wachsenden Überschüsse ungehindert in den meist industrialisierten Partnerländern absetzen zu können. Als Gegenleistung gewissermaßen wollte es seine Grenzen den fremden Industriegütern öffnen. Inzwischen ist nun allerdings Frankreich selbst ein starker Anbieter industrieller Erzeugnisse geworden, so daß die alten Industrieländer der Gemeinschaft, allen voran Deutschland, nicht ganz auf ihre Kosten kommen. Frankreich erwartet aber nicht nur den Absatz seiner Agrarerzeugung innerhalb der EWG, es rechnet auch damit, daß die Gemeinschaft seine Agrarpolitik und sein ständig wachsendes Überangebot finanziert, und zwar über den umstrittenen Agrarfonds, in den etwa die Bundesrepublik Deutschland rund 32 vH einzubezahlen hätte.

Hier nun zeigt sich die enge Verzahnung mit der *Kennedy-Runde*, deren Ziel ja bekanntlich die Liberalisierung des Welthandels ist, eines Welthandels, aus dem die Landwirtschaft nicht ausgeklammert ist, schon deshalb nicht, weil die USA sich als größter Agrarexporteur sichere und größere Absatzmärkte zu erschließen wünschen. Sie machen die Öffnung ihrer Grenzen für fremde Industriewaren davon abhängig, daß sie freieren Zugang zu den europäischen Märkten erhalten, und zwar für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Damit wird nun aber von der EWG etwas verlangt, was man gern mit dem Satz „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß“ umschreibt: öffne die Grenzen für Agrarprodukte, aber schütze die Bauern mit ihren Preisen. Die EWG-Krise hat verhindert, daß die europäischen Vorschläge bis zum 16. September 1965 auf dem Tisch in Genf lagen; sie hat die Frage aber nicht gelöst. Sie hat sich durch langes Lagern auch nicht von selbst erledigt, denn die Welthandelspartner in Genf warten noch immer, und in der Tat sollte man in Brüssel nun die Chance nutzen, „um die chaotischen Weltagrarmärkte — jedes Land will mit immer größeren Subventionen seiner Landwirtschaft ein ausreichendes Einkommen sichern — behutsam zu ordnen. Dazu sollten als erstes die oberen Grenzen für die in jedem GATT-Land gezahlten Agrarsubventionen festgelegt werden“¹⁾.

Europa-Konjunktur

Der europäische Bürger hatte auf der Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg Mitte Januar 1966 eine gute Gelegenheit, sich über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes seit seiner Gründung zu informieren. Das Referat von *Robert Marjolin*, Vizepräsident der EWG-Kommission, zeichnete das Bild einer dynamischen Wirtschaft, das vor allem vor dem Hintergrund der Nichtmitgliedsländer recht eindrucksvoll wirkte. Die reale Zunahme des EWG-Bruttosozialprodukts seit 1958 beläuft sich danach auf 44 vH, gegenüber den USA mit 35 und Großbritannien mit 29 vH. Auch innerhalb der EWG gibt es natürlich ein Gefälle, das von 47 vH (Bundesrepublik, Italien) bis 21 vH (Luxemburg) reicht.

Die Investitionsquote, ein wichtiges Indiz für die Dynamik einer Volkswirtschaft, stieg in der EWG von 20,3 vH (1958) auf 23 vH (1965) des Bruttosozialprodukts. Besonders eindrucksvoll ist natürlich die Entwicklung des Handelsverkehrs. Der Ein- und Ausfuhrhandel der Gemeinschaft mit Drittländern wuchs in dem genannten Zeitraum um 75 bzw. 69 vH, der Handelsverkehr innerhalb der Gemeinschaft demgegenüber um rd. 300 vH!

Über die Lage des Verbrauchers in der EWG konnten ebenfalls einige Globalziffern ermittelt werden. Zunächst ist von Bedeutung, daß in den letzten fünf Jahren die Arbeitsproduktivität um mindestens 4,3 vH jährlich zugenommen hat, ein Mittelwert, der wiederum die Spanne zwischen 4,5 vH (Bundesrepublik, Frankreich, Italien) und 3 vH (Holland und Belgien) repräsentiert. In dieser Höhe liegt auch der jährliche Zuwachs des privaten Verbrauchs (4,2 vH), was, verglichen mit 1958, bedeutet, daß der EWG-Bürger heute ein Drit-

1) "Die Zeit" vom 11. 2. 1966.

tel mehr verbraucht als damals. Was die Verbraucherpreise angeht, so brachte Marjolin die folgende Gegenüberstellung:

Steigerung der Verbraucherpreise in der EWG (in vH)		
Land	1955—1960	1960—1965
Belgien/Luxemburg	9	15
B.R. Deutschland	9	16
Frankreich	35	19
Italien	7	24
Niederlande	13	20

Die beängstigende Preiszunahme ist offensichtlich. Lediglich Frankreich, das aber schon eine massive „Vorleistung“ erbracht hat, verzeichnet einen, wenn auch nur relativen Rückgang der Preissteigerung.

Die EWG-Kommission rät seit längerem den Mitgliedsstaaten, über den Staatshaushalt eine Konjunkturdämpfung herbeizuführen. Es macht aber nicht den Eindruck, daß sie damit auf viel Verständnis stößt. Vor allem in Bonn sind dafür keine Anzeichen zu entdecken. Die angespannte Arbeitsmarktlage ihrerseits heizt den Konjunkturkessel fröhlich weiter an. Die Kommission rechnet deshalb auch für 1966 mit weiteren, wenn auch vielleicht etwas gedämpften Preisanstiegen.

Ein Berg von Aufgaben

Wenn Brüssel nun wieder aktionsfähig ist, wenn die neue Vereinigte Kommission an die Arbeit gegangen ist, dann wird sich zeigen, daß viel Zeit ungenutzt verstrichen ist und Termine drängen. Der 1. Juli 1967 verlangt eine abgeschlossene EWG-Agrarpolitik mit europäischem Preisgefüge bei freiem Warenverkehr. Gleichzeitig sollen zu diesem Zeitpunkt die Binnenzölle für den Handel mit industriellen Gütern gleich Null sein. Mit anderen Worten: die Zollunion der EWG soll Wirklichkeit sein. Es bleibt zu hoffen, daß Kommission und Ministerrat dieses Marathonrennen schaffen werden.

Indessen — damit sind die Verträge von Rom noch keineswegs erfüllt. Vergessen wir nicht, daß es noch immer an einer gemeinsamen Verkehrs- und Energiepolitik, ja überhaupt an einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik fehlt. Vergessen wir nicht, daß Niederlassungsrecht und Freizügigkeit von Menschen und Kapital gewährleistet sein müssen, ehe wir von einem gemeinsamen Markt sprechen können. Denken wir schließlich daran, daß eine echte europäische Wettbewerbswirtschaft nur dann gegeben ist, wenn der holländische und italienische Unternehmer gleiche soziale und öffentliche Abgaben zu zahlen hat, und daß noch immer Vor- und Nachteile verschiedener Art zwischen den französischen und deutschen Versicherungsunternehmen Startungleichheiten er-

zeugt, um nur einmal diese Beispiele zu nehmen.

Wenn man sich vor Augen hält, wie lange und ergebnislos bis heute auf den verschiedenen Sektoren der rechtlichen und sozialen Harmonisierung gearbeitet wird, so wird einem klar, daß das Endziel, der Gemeinsame Markt, noch in weiter Ferne hinter einem Berg von Arbeit, Phantasie und viel gutem Willen liegt. Der ganze riesige Komplex, der sich mit der Lage der europäischen Arbeitnehmer und der Sozialpolitik befaßt und an dessen Bewältigung die europäischen Gewerkschaften verantwortlich mitarbeiten, ist allein für sich schon Beispiel genug dafür, daß Europa vorerst nur auf einem kleinen Fleckchen Wirklichkeit ist. Das große Feld muß noch beackert werden.

Dr. Wolf Donner